

Unter dem irreführenden Label „Integrationsgesetz“ plant die bayerische Staatsregierung ein Gesetz, das uns alle ins Mark trifft: uns, unsere Solidarität, unsere Vorstellung von einem gemeinsamen besseren Leben.

Nicht hinzunehmen ist u.a.:

- Alle werden auf die (bayerische) „Leitkultur“ verpflichtet (Präambel)
- Wer eingewandert ist, wird zur unabdingbaren Achtung der Leitkultur verpflichtet (Art.1), hat die Integrationspflicht (Art. 1, Satz 2), bekommt jedoch keinerlei Rechte aus diesem Gesetz. (Art.17)
- Bei der Begriffsbestimmung werden alle Einwandererinnen und Einwanderer genannt – selbst diejenigen, die längst die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber *„zumindest einen Eltern- oder Großelternanteil haben“*, der eingewandert ist – der *Viertelseinwanderer* ist damit geschaffen. (Art. 2 Begriffsbestimmungen)
- Die Beherrschung der deutschen Sprache wird zur Sollvorschrift (Art. 4 Abs. 2) – *„wer gegen diese Obliegenheit verstößt, kann nicht damit rechnen, dass die daraus entstehenden Folgekosten von der Allgemeinheit getragen werden“*. (Begründung, S. 21)

■ Wer den Sprachkurs nicht *„erwartbar“* bewältigt, wird nachträglich zur Erstattung der Kosten verpflichtet. (Art. 4, Abs. 3)

■ Wer bei Behörden eine*n Dolmetscher*in braucht, muss ihn in Zukunft gegebenenfalls selbst bezahlen. (Art. 4, Abs. 4)

■ Ob Kindergarten oder Schule: Alle werden auf die Leitkultur verpflichtet (Art. 6, Art. 7, Art. 8, Begründung S. 22), Unternehmer erhalten staatliche Fördergelder für Leitkultur-Kurse. (Art. 9)

■ Kinder in Abschiebezentren sind aus der Schulpflicht und damit faktisch aus der Schule ausgeschlossen. (Art. 17a/Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, Art. 35, Abs. 2)

■ Postuliert wird der Grundsatz *„Schulrecht folgt dem Asylrecht“* – jede Verschlechterung im Asylrecht wird unmittelbar auf die Kinder übertragen. (Begründung Art. 17a, Abs. 5 BayEuG, Abs. 2)

■ Statt Rundfunkfreiheit: Die Medien werden per Sollvorschrift auf die Leitkultur verpflichtet. (Art.10)

■ Statt eigener Wahl des Wohnorts: Selbst anerkannten Asylberechtigten soll der Wohnort vorgeschrieben werden können (Art. 11) – obwohl Bayern dazu gar nicht ermächtigt ist. (Art.11/Begründung S. 24)

■ Statt Wohnungen für alle: Das Innenministerium erhält in ganz Bayern das Recht, über die Vergabe jeder einzelnen öffentlich geförderten Wohnung zu bestimmen, um *„dafür Sorge zu tragen, dass möglichst nur Woh-*

nungssuchende benannt werden, deren Zuzug einseitige Bewohnerstrukturen weder schafft noch verfestigt.“

(Art. 17a, Abs. 7; Bayerisches Wohnungsbindungsgesetz Art. 5, Satz 5) Ausdrücklich bezieht sich dies auf Einwanderer und auf *„unterschiedliche Bildungs-, Einkommenschichten oder Milieus“*. (Begründung zu Art. 17a, Abs.7 Änderungen, Bayr. Wohnungsbindungsgesetz Art. 5) Eine Klage ist zwecklos, da sie keine aufschiebende Wirkung hat. (Art.5a)

■ Die Sicherheitsbehörden sollen auch diejenigen verfolgen, denen keine Straftat oder Ordnungswidrigkeit zur Last gelegt werden kann, die aber durch *„demonstrative Regelverstöße“* auffallen (Art. 13/1) oder durch *„offenkundig rechtswidriges Verhalten erkennen lassen, dass ihnen die Rechts- und Werteordnung in ihren Grundsätzen unbekannt oder gleichgültig ist“*. (Art. 13/2) Ihnen soll ein *„Grundkurs über die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung“* auferlegt werden – wer daran nicht teilnimmt, wird mit einer Geldbuße belegt. (Art. 13/3)

■ Ohne Nachweis einer Straftat soll bis zu 50.000 Euro Geldbuße (!) auferlegt bekommen können, wer die *„geltende verfassungsmäßige Ordnung“* missachtet und einer damit *„nicht zu vereinbarenden Rechtsordnung“* folgt. (Art.14) Ohne Gerichtsurteil soll es den bayerischen Sicherheitsbehörden erlaubt werden, diese Bußgelder für Handlungen zu verhängen, die sie als verfassungswidrig interpretieren. Das trifft in Bayern z.B. Einheimische wie Zuwanderer, die laut sagen *„Faschismus ist keine Meinung,*

sondern ein Verbrechen“, sowie Leute mit Zivilcourage, die sich Nazi-Aufmärschen in den Weg stellen.

■ Asylunterkünfte werden mit Orten der Kriminalität gleichgestellt, das heißt, Menschen in Unterkünften von Asylbewerber*innen oder *„unerlaubt Aufhältigen“* können ohne Anlass Personenkontrollen (Art. 13, Abs.1 Nr. 2 PAG) unterzogen werden. Wohnungen können ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss jederzeit, also Tag und Nacht, durchsucht werden. (Art. 23, Abs. 3 PAG)

■ In Schwimmbädern, Bibliotheken und anderen öffentlichen Einrichtungen soll gelten: *„Die Zulassung nicht freizügigkeitsberechtigter Ausländer kann von einer vorherigen Belehrung und dem ausdrücklichen Anerkenntnis der bestehenden Vorschriften abhängig gemacht werden.“* Da man niemandem seinen Aufenthaltsstatus ansieht, können Beschäftigte in den Einrichtungen dazu gezwungen werden, alle *„ausländisch Aussehenden“* auf ihren Aufenthaltsstatus zu kontrollieren und ggf. zu belehren und bei Weigerung den Zugang zu verweigern. (Art. 17a zur Einführung von Art. 21, Abs.5 Gemeindeordnung, Art. 15, Abs.5 Landkreisordnung, Art. 15, Abs. 5 Bezirksordnung)

„Was da auf dem Tisch liegt, hat mit der bayerischen Verfassung und dem Grundgesetz nichts mehr zu tun.“

Dr. Klaus Hahnzog
Bayerischer Verfassungsrichter

Bündnis gegen das bayerische Ausgrenzungsgesetz

AGABY Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns ■ AKA Aktiv für interkulturellen Austausch e.V. ■ Aktiv gegen rechts in ver.di München ■ Alevitische Jugend in Bayern e.V. (BDAJ-Bayern) ■ Anwältinnen ohne Grenzen ■ AKS München - Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit München ■ Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, München ■ Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München ■ Bayern SPD ■ Bayerischer Flüchtlingsrat ■ Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V., Bayern ■ Bündnis 90/Die Grünen Bayern ■ Bündnis Fürstenfeldbruck ist bunt – nicht braun! ■ DIDF Jugend ■ DIDF München ■ DKP München ■ DKP Nordbayern ■ Deutscher Mieterbund, Bayern ■ DIE LINKE. München und Bayern ■ DIE LINKE. im Stadtrat München ■ Erlanger Sozialforum ■ Freie Deutsche Jugend ■ Fürther Sozialforum ■ Friedensinitiative Landshut ■ Friedensinitiative Traunstein Traunreut Trostberg ■ Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern ■ Gewerkschaftsstammtisch München ■ Grüne Jugend München und Bayern ■ Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung ■ Humanistische Union München-Südbayern ■ IG InitiativGruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. ■ Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/München ■ Interkulturelles Forum e.V. ■ JUSOS Bayern ■ Kämpfende Jugend Ingolstadt ■ Landtagsfraktion SPD ■ Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ■ MLPD, Bayern ■ Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus ■ Münchner Flüchtlingsrat ■ Münchner Freidenker e.V. ■ Münchner Friedensbündnis ■ Münchner Gewerkschaftslinker ■ Münchner SPD ■ Naturfreunde Deutschlands Bezirk München ■ Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfrees Bayern e.V. ■ Neue Richtervereinigung Bayern (NRV), Bayern ■ Rechtshilfe für Ausländer/innen München e.V. ■ Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. ■ SDAJ Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, München ■ Sozialistische Jugend Deutschland - Die Falken, Bayern ■ StadtschülerInnenvertretung (SSV) München ■ Trägerkreis EineWelt-haus München ■ Trägerkreis Junge Flüchtlinge e.V. ■ ver.di Landesbezirk Bayern ■ ver.di Bayern Fachbereich Medien, Kunst und Industrie ■ ver.di Jugend, Regensburg ■ ver.di Landeserwerbslosenausschuss und München ■ ver.di Landesseniorenausschuss Bayern ■ Migrationsausschuss ver.di Bezirk München ■ ver.di Vertrauensleute Städtische Klinken München ■ Vereinigung bildender Künstlerinnen u. Künstler in ver.di/VBK Bayern ■ Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bayern ■ Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) ■ Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen Bundesvorstand (Stand 13.06.2016)

Schließt euch dem Bündnis an!

Und weil der Mensch ein Mensch ist!

Einwander*innen und Flüchtlinge berichten von ihren Erfahrungen mit der deutschen „Leitkultur“ und warum sie aktiv werden gegen das Ausgrenzungsgesetz der bayerischen Staatsregierung

Freitag, 22. Juli, 19 Uhr

DGB-Haus München

anschließend

Antileit-Kulturfest

mit Musik, Essen, Trinken&Tanz

Zentrale Demonstration

gegen das Ausgrenzungsgesetz der Bayerischen Staatsregierung

Samstag, 22. Oktober München

Aktuelle Informationen auf www.integrationsgesetz.bayern

Kontakt über AK-gegen-Rechts. muenchen@verdi.de

Ob Flüchtling oder Ur-Bayer oder Hamburgerin

Ob eingewandert oder Kind oder Enkelkind von Einwanderern

Ob „unerlaubt Aufhältiger“ oder anerkannt Asylberechtigte

Ob Lehrer*in oder Erzieher*in

Ob Beschäftigte in der Bibliothek oder im Schwimmbad

Ob Redakteur*in bei Zeitung oder Rundfunk

Ob Mann oder Frau

Ob jung oder alt

Das geplante bayerische „Integrationsgesetz“

ist ein Angriff auf uns ALLE!

**Gemeinsam
für ein solidarisches Miteinander
gegen das geplante
Ausgrenzungsgesetz
der Bayerischen
Staatsregierung!**

Sie treibt damit die ganze Republik nach rechts.